

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



...newsletter



Newsletter zur 03. Kalenderwoche 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit herzlichen Neujahrsgrüßen und den besten Wünschen für das Jahr 2011 melde ich mich nach der politischen Arbeitspause über die Feiertage aus der ersten Plenarwoche des Jahres zurück.

Wie angekündigt haben wir bei der Klausurtagung der SPD Bundestagsfraktion am 13. und 14.01. in Magdeburg die politische Arbeit dieses Jahres vorbereitet. Ein umfangreicher Arbeitsplan wurde erstellt und Themenschwerpunkte festgelegt. Ich werde kontinuierlich davon berichten, wie die Umsetzung unserer Arbeit zur Bürgerversicherung, zu Steuer- und Finanzpolitik, zu Arbeits- und Sozialpolitik und zur zentralen Frage der Bildungspolitik weitergeht.

Parallel zu unserem ambitionierten Bundesprogramm sind viele Mitglieder der Bundestagsfraktion im „Superwahljahr 2011“ in ihren Wahlkreisen besonders aktiv. Auch ich werde meinen Beitrag zum Berliner Wahlkampf als Bundestagsabgeordnete in Tempelhof-Schöneberg/Reinickendorf und als Sprecherin der Berliner Bundestagsabgeordneten der SPD für ganz Berlin leisten.

Ich wünsche Ihnen und Euch viel Spaß bei der Lektüre des ersten Newsletters 2011 und hoffe, einige von Ihnen/von Euch bei den vielen öffentlichen Veranstaltungen zu sehen, die ich mit meinem Team für das Jahr plane.

Ihre/Deine

Inhalt:

■ Gesundheitspolitik	
Klausur der AG Gesundheit	2
Blutspenden heißt Leben retten!	3
■ Aus der Fraktion	
Fraktionsklausur Magdeburg	3
■ Aus dem Bundestag	
Schienenverkehr in Deutschland und Berlin	4
Opfern von Zwangsheiraten helfen	5
Der Dioxin-Skandal überfordert die Regierung	5
Mehrgenerationenhäuser	6
Fachkräfte-Einwanderung verbessern	6
■ Außenpolitik	
Menschenrechtsverletzungen in Belarus	6
Entwicklungspolitik für Afghanistan	7
■ Aus Tempelhof-Schöneberg	
Ökumenisches Rogate-Kloster St. Michael	7
■ Aus Berlin	
„Wir sitzen im Süden“	8
BürgerInnenforum Gesundheit	8
■ Terminhinweise	
Januar/Februar 2011	9

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 2

■ Gesundheitspolitik

Klausur der AG Gesundheit



Zweimal im Jahr veranstaltet die AG Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion eine Klausur, um aktuelle Probleme der Gesundheitspolitik und im Gesundheitswesen zu diskutieren, parlamentarische Initiativen abzusprechen, die vielfältigen Berichterstattungen

der sozialdemokratischen Mitglieder des Gesundheitsausschusses zu koordinieren sowie Strategien und Argumente gegen die unsolidarische Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb festzulegen.

Die Bürgerversicherung

Als das wichtigste Thema im Jahr 2011 wurde jetzt die Weiterentwicklung des Modells der Bürgerversicherung diskutiert. Das Konzept der Bürgerversicherung wurde bereits auf dem Bochumer Bundesparteitag 2003 beschlossen. Seitdem stehen sich zwei Konzepte gegenüber:

Erstens: Das der Union und FDP mit einkommensunabhängiger *Kopfpauschale*, einem eingefrorenen Arbeitgeberbeitrag, der weiteren Trennung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung, der Sicherung der Privilegien der PKV und der Einführung kapitalgedeckter Versicherungsformen.

Zweitens: Das der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der Linken (mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten), eine *Bürgerversicherung* mit einer für Alle einheitlichen Pflichtversicherung, einkommensabhängigen Beiträgen (starke Schultern tragen mehr), gleicher Beteiligung von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen und einem bundeseinheitlichen Honorierungssystem.

Seit Mitte Juli 2010 arbeitet die Projektgruppe Bürgersozialversicherung an einem SPD-Finanzierungskonzept der Bürgerversicherung und an der Entwicklung von Leitbildern einer Bürgersozialversicherung für alle Sozialversicherungszweige. Dazu sind seriöse Finanzberechnungen nötig. Bürger und Bürgerinnen haben die unsäglichen Finanzierungsdebatten in der Gesundheitspolitik satt. Außerdem führen diese zu einer breiten Verunsicherung über die Sicherheit der eigenen medizinischen und pflegerischen Versorgung. Ich unterstütze deshalb, dass die Sozialdemokratische Partei ausführlich und seriös rechnet und eine gerechte Finanzierung des Gesundheitswesens auf den Weg bringt. Das Konzept wird in aller Ausführlichkeit im April /Mai 2011 vorgestellt werden.

Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist eine gerechte und ausreichende Finanzierung, damit alle BürgerInnen - unabhängig vom Geldbeutel, von Herkunft, Alter

oder Geschlecht - den gleichen Zugang zu allen Leistungen des Gesundheitswesens und der Pflege haben.

Die Bürgerversicherung soll daher auch in der Pflege eingeführt werden: Dadurch wollen wir auch hier eine solidarisch verbreiterte Einnahmebasis schaffen, um die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs (insb. für die Versorgung demenzkranker Menschen), die finanzielle Aufwertung der Pflegeberufe, die Verbesserung der Situation der häuslichen Pflege und die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation und Ausbildung in der Pflege gestalten zu können.

Schwerpunkte der AG Gesundheit

Weitere Schwerpunkte der Arbeitsgruppe Gesundheit im Jahr 2011 werden die Verbesserung der Gesundheitsversorgung in unterversorgten Gebieten, der Kampf für bessere Krankenhaushygieneverordnungen und die Aufwertung der Gesundheits- und Pflegeberufe sein.

Meine Schwerpunkte

Den letztgenannten Punkt werde ich als Berichterstatterin der Arbeitsgruppe auch in diesem Jahr vorantreiben. Denn klar ist: Eine der zentralen Herausforderungen unserer Gesellschaft ist die Vermeidung des Fachkräftemangels in nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen. Die Zwischenergebnisse meiner im Sommer des letzten Jahres gestarteten „**Initiative Gesundheitsberufe**“ werde ich im Frühjahr 2011 vorstellen. Außerdem beschäftigt mich die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Rehabilitation. Ich kämpfe in einem breiten Diskurs für ein inklusives Gesundheitssystem, ein System ohne Barrieren für Menschen mit Behinderungen.

Weitere Themen, die ich 2011 in den Focus der Gesundheitspolitik rücken möchte:

- Die zielgenaue, möglichst sektorenübergreifende Bedarfsplanung im Gesundheitssystem. Im Gegensatz zur Bundesregierung sehe ich hier in Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) eine hervorragende Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Sektoren und zwischen nicht-ärztlichen und ärztlichen Gesundheitsberufen.
- Die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zum Gesundheitssystem für Migrantinnen und Migranten. Dazu ist eine strukturelle, organisatorische und personelle interkulturelle Öffnung des gesamten stationären, teilstationären, ambulanten Gesundheitswesens nötig.
- Dass die Medizin zunehmend weiblich wird (über 60% der Medizinstudienplätze und 70% der Beru-

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 3

fe in den sozialen Dienstleistungsberufen der Gesundheits- und Pflegeversorgung sind in „Frauenhand“), muss auch praktische Folgen haben. In der SPD-Bundestagsfraktion werde ich mich daher weiter für die Durchsetzung von Gender Mainstreaming im Gesundheitswesen, die Durchsetzung familienfreundlicher Arbeitszeiten und eine bessere Bezahlung von diesen „typischen“ Frauenberufen einsetzen.

Blutspenden heißt Leben retten!

Bereits zum wiederholten Male hat Mechthild Rawert an der Blutspendeaktion des DRK teilgenommen. Das Deutsche Rote Kreuz wirbt regelmäßig bei den Abgeordneten um Blutspenden.

Täglich werden in Deutschland 15.000 Blutspenden benötigt, für Operationen, für die Behandlung schwerer Krankheiten, wie z. B. Krebs, und zur Versorgung von Unfallopfern. Über zwei Millionen Menschen spenden in Deutschland regelmäßig Blut.



Mechthild Rawert bei den vorbereitenden Untersuchungen zur Blutspende

■ Aus der Fraktion

Fraktionsklausur in Magdeburg

Am 13./14. Januar fand in Magdeburg eine Klausur der SPD-Bundestagsfraktion statt. Die Diskussionen waren anregend und konzentriert. Für 2011 haben wir uns ein ehrgeiziges Programm gegeben. Obwohl unsere Politik der aus der Oppositionsrolle heraus 2010 durchaus Wirkung hatte - Union und FDP haben



massiv an Vertrauen verloren -, dürfen und werden wir uns nicht ausruhen. Wir werden zu allen wichtigen gesellschaftspolitischen Herausforderungen eigene profilierte Positionen vorlegen.

Wir wollen die Frage „Warum SPD wählen?“ überzeugend beantworten und konkrete Politik für die Menschen entwickeln. Wir wollen Politik machen, damit Menschen besser leben können, mehr Chancen und eine gute Arbeit haben, wollen Gerechtigkeit und Solidarität fördern. Aus diesem Grunde hat die SPD die Herausforderung angenommen: Fortschritt neu zu denken und für neuen Fortschritt neu zu begeistern. Das Zeitalter des Neoliberalismus ist zu Ende! Wir laden Sie und laden euch alle herzlich zu dieser Debatte ein, in deren Kern die Schaffung einer zukunftsorientierten solidarischen Gesellschaft steht. Wir wollen ein „Fortschrittsprogramm 2020“ entwickeln – gemeinsam - Partei und Bundestagsfraktion. Die SPD-Bundestagsfraktion will dazu beitragen, dass sich zunehmend mehr Menschen sozialdemokratisch fühlen, auch wenn sie der SPD noch abwartend gegenüber stehen, und sie auch Schritt für Schritt von unserer Regierungskompetenz überzeugen und für uns gewinnen.

Deutschland 2020

„Deutschland 2020 - Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt“ – so haben wir SPD-Bundestagsabgeordneten unser Arbeitsprogramm auf der Klausurtagung in Magdeburg überschrieben. Uns geht es dabei um ein Politikkonzept, das den Weg bis ans Ende des Jahrzehnts beschreibt.

Beispielhaft seien hier einige der formulierten Aufgaben benannt:

1. Wir wollen einen Infrastrukturkonsens schaffen

Wir haben in Deutschland noch keinen Konsens darüber, welche modernen Infrastrukturnetze und welche großen Infrastrukturprojekte wir im Interesse aller Menschen brauchen. Welche Investitionen benötigt werden, um unser Industrieland zu modernisieren und wie Legitimität für diese Projekte geschaffen werden soll.

Ich selber bin der Überzeugung, dass wir als Industrieland eine moderne, ökologisch tragfähige Infrastruktur brauchen. Diese muss sich ebenfalls an gemeinwohlorientierten Grundsätzen messen.

2. Wir brauchen einen neuen Lastenausgleich

Wir brauchen in Fragen der Staatsfinanzen einen neuen Lastenausgleich. Wir brauchen einen starken Staat, der auch gegenüber den Märkten Muskeln zeigen kann.

Wir brauchen ein Steuer- und Abgabekonzept, das für eine gerechte Lastenverteilung sorgt, indem beispielsweise Menschen mit viel Kapital und hohem Einkommen einen höheren Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Aus

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 4

diesem Grund wollen wir Privilegien abschaffen und den Spitzensteuersatz von 2 Prozent auf 49 Prozent anheben. Desweiteren werden immernoch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überproportional durch Sozialabgaben belastet. Aus diesem Grund werden wir die soziale Schieflage im Steuer- und Abgabenrecht beseitigen. Ich will, dass gerade untere Einkommensgruppen, die wenig Steuern aber im Vergleich hohe Abgaben leisten, stärker entlastet werden. Damit schaffen wir auch Arbeitsplätze – Arbeitsplätze mit Mindestlohn.

3. Masterplan Ganztagschule 2020

Wir wollen unser Ganztagschulprogramm ausbauen und eine neue Qualitätsoffensive für die Bildung starten. Wir wollen Schulen zu sozialen Treffpunkten und Knotenpunkten für den ganzen Stadtteil ausbauen. Beispielsweise fordern wir mehr Schulsozialarbeiter und eine flächendeckende Bereitstellung von Schulmensen.

Unser Ziel: Wir wollen, dass jedes Kind einen Schulabschluss und eine Ausbildung macht. Wir wollen jedem Kind Chancen für's Leben geben, unabhängig von der sozialen Herkunft.

4. Eine neue Ordnung für Arbeit

Niedriglöhne, Prekarisierung und Tarifflicht sind Missstände, die es zu beenden gilt. Wir wollen „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“, wollen die Missstände in der Zeit- und Leiharbeit eindämmen. Wir wollen Tarifeinheit und einen Mindestlohn. Hierzu liegen bereits gute Ideen für die Wissenschaft, die Kreativwirtschaft, für die vielen Solo-Selbständigen und auch für die vielen Menschen in der Dienstleistungsbranche vor.

5. Pflege ist Dienst von Menschen am Menschen

Zu einer solidarischen Gesellschaft gehört auch, dass Ältere, Kranke und Menschen mit Behinderung keinerlei Benachteiligungen erfahren, sondern an dieser Gesellschaft in vielfältiger Weise teilhaben können.

Eine Pflegefinanzierung, die auf Privatisierung setzt, führt auf einen falschen gesellschaftlichen Weg. Wir brauchen auch für die Pflege eine Bürgerversicherung. Pflege beinhaltet schließlich mehr als nur eine sozialversicherungstechnische Rechenformel.

In einer älter werdenden Gesellschaft stellen sich viele Fragen neu, wie die Ausgestaltung des Miteinander der Generationen oder die Sicherstellung einer ausreichenden und qualitativ hochwertigen Pflegeinfrastruktur. Es ist überaus wichtig sicherzustellen, dass sich die Pflege durch Angehörige nicht zum Bumerang für das eigene Leben entwickelt, sowohl in gesundheitlicher als auch arbeitsmarkt- und sozialversicherungsrechtlicher Form.

Diese Aufgaben stehen auch im Mittelpunkt der AG Gesundheit. Ich selber widme mich in einem hohen Maße

der Fort- und Weiterentwicklung der Besserstellung von Gesundheits- und Pflegeberufen – auch damit diese für junge Menschen als Zukunftsjobs weiterhin attraktiv bleiben.

6. Gleichstellung von Frauen

Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört, dass die strukturelle Diskriminierung von Frauen beendet wird. Nach wie vor gilt „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“. Frauen aus der SPD und auch viele Frauen außerhalb der SPD fordern zu Recht:

- „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“. Schluss mit weiblich und männlich konnotierten Berufen. Gesundheits-, Pflege-, Erziehungsberufe sind für die Zukunft, den Wohlstand und die Lebensqualität unserer Gesellschaft ebenso wichtig wie die der Ingenieure in der Industrie
- Schluss mit der Entgeltdiskriminierung von fast 23 Prozent.
- „Schluss mit den Männerseilschaften“. Viele Männer müssen noch erkennen, dass Frauen gleich - häufig auch besser - qualifiziert sind. Frauen wollen ihrer Qualifikation entsprechende Berufs- und Aufstiegschancen haben, wollen Leitungsfunktionen einnehmen.
- Endlich eine verbindliche 40 Prozent-(Mindest-) Quote für Vorstände und Aufsichtsräte.

Wir Bundestagsabgeordneten der SPD werden diese Forderungen, diese Herausforderungen mit Vehemenz im Parlament einbringen. Opposition ist Regierung im Wartestand. Mit unserem Arbeitsprogramm bereiten wir uns als größte Oppositionsfraktion auf die Übernahme der Regierungsverantwortung spätestens 2013 vor.

■ Aus dem Bundestag

Für einen verlässlichen und sicheren Schienenverkehr in Deutschland und Berlin



Der Bund ist verantwortlich für eine leistungsfähige Bahninfrastruktur in Deutschland. Dieser Aufgabe hat die schwarz-gelbe Bundesregierung Rechnung zu tragen. Sie muss im Interesse der Kundinnen und Kunden ihrer Verantwortung für einen leistungsfähigen DB-Konzern gerecht werden. Auch bei extremen Witterungsbedingungen muss die Bahn ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Verkehrsträgern unter Beweis stellen. Das Winterchaos bei der Bahn und

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 5

der Berliner S-Bahn hat gezeigt, dass mehr in den Ausbau und die Instandhaltung des Schienenverkehrs investiert werden muss, um die Bahn wetterfest machen zu können. Verkehrsminister Ramsauer selbst war es, der der Deutschen Bahn jedes Jahr 500 Millionen Euro an Investitionsmitteln entzieht, um damit Haushaltslöcher zu stopfen, während der Wintereinbruch für stundenlange Wartezeiten und unzuverlässige Verbindungen sorgte. Allein in Berlin waren zehn Tage lang nur noch rund die Hälfte aller S-Bahn-Züge im Einsatz. In der kommenden Woche sind die Berliner Verkehrsbetriebe zu weiteren Kürzungen gezwungen. Der neue Winterfahrplan trägt der Tatsache Rechnung, dass die Bahnen vorsorglich langsamer fahren müssen. Somit wird das Angebot vor allem in den Randbezirken, während der Nacht und am Wochenende verkürzt. Der Plan soll zunächst bis zum 27. Februar gelten.

Mit unserem Antrag „Deutschland braucht im ganzen Land einen verlässlichen und sicheren Schienenverkehr“ (Drs. 17/4428) konkretisieren wir unsere Forderungen an die Bundesregierung, die 500 Millionen Euro Bahn-dividende direkt für dringend erforderliche Investitionen im Bahnbereich zu verwenden. Darüber hinaus sind für ein Sofortprogramm der Deutschen Bahn AG Sondermittel zur kurzfristigen Beseitigung von Störungen im Betriebsablauf bereitzustellen. Weiterhin muss bei der Deutschen Bahn AG sichergestellt werden, dass ausreichende Reservekapazitäten an Fahrzeugen aufgebaut werden, um witterungsbedingte Zugausfälle besser ausgleichen zu können.

Verkehrsminister Ramsauer lenkt derweil von seiner Verantwortung ab. Schwarz-Gelb hat den Aufsichtsrat der Bahn vor einem Jahr komplett neu besetzt. Jetzt kritisiert er den "Renditedruck" bei der Bahn und trägt selbst dafür die Verantwortung, dass die DB AG renditegetrieben international auf Einkaufstour geht. Wer Milliarden übrig hat, um Bahngesellschaften auf der ganzen Welt zu kaufen, muss vorher dafür sorgen, dass die Menschen in Deutschland auch im Winter pünktlich mit der Bahn fahren können!

Opfern von Zwangsheiraten helfen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen eigenen Gesetzesentwurf zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat vorgelegt. Er wurde am 20.01. im Bundestag gemeinsam mit dem Regierungs-Entwurf für eine Gesetzesnovelle in erster Lesung debattiert. Unser Entwurf (Drs. 17/4197) will die Opfer von Zwangshei-



rat besser schützen, indem Ausländern, die ehemals legal in Deutschland und anschließend im Ausland in Zwangsheirat lebten, nach Beendigung der Zwangsheirat ein erweitertes Rückkehrrecht eingeräumt wird.

Der Dioxin-Skandal überfordert die Regierung



Nachdem Schwarz-Gelb, namentlich Ilse Aigner, zuerst gar nicht auf den Dioxin-Skandal reagiert hat, übernimmt sie nun 14 der 15 SPD-Forderungen aus unserem Entschließungsantrag „Verbraucher konsequent schützen – Höchstmaß an Sicherheit für Lebensmittel gewährleisten“ (Dr. 17/4426) in ihrer Regierungserklärung am 19.01. Dabei hat sie leider eine zentrale Forderung fallen lassen: den InformantInnenschutz für Beschäftigte und MitarbeiterInnen, die über Missstände bei ihren Arbeitgebern informiert hatten.

Noch in der vergangenen Woche wollte die schwarz-gelbe Koalition eine Diskussion unseres 15-Punkte-Forderungskatalogs in der Sondersitzung des Verbraucherschutzes mit Geschäftsordnungstricks verhindern.

Dazu gehörten beispielsweise die Verpflichtung der Untersuchungslabore, die Behörden über Untersuchungsergebnisse umgehend zu informieren. Dazu gehörten eine umfassende Verbesserung des Verbraucherinformationsgesetzes. Dazu gehörten die Pflicht der Hersteller, alle Chargen an Futterfetten zu beproben.



Am Dienstag schließlich haben die Verbraucher- und Agrarminister der Länder unsere Vorschläge bei ihrer Konferenz beinahe vollständig übernommen. Aber wird Ilse Aigner diesen Forderungskatalog auch durchsetzen? Oder bleibt es wieder bei bloßen Ankündigungen? Zentrale Maßnahmen des jetzt vorgelegten 14 Punkteplans sind:

- Hersteller von Futterfetten benötigen eine Zulassung, die an strenge Auflagen geknüpft ist.
- Die Trennung der Produktion von technischen Fetten und Fetten für Futtermittel wird vorgeschrieben.
- Die Behörden müssen überhöhte Grenzwerte und Rechtsverstöße bei Lebensmittelkontrollen umgehend veröffentlichen. Dazu wird das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) novelliert.
- Es wird eine bundesweite Informationsplattform im Internet eingerichtet.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

- Private Untersuchungslabore und ihr Personal müssen ihre Ergebnisse unmittelbar an die Behörden weiterleiten.
- In der EU eine Positiv-Liste durchzusetzen, die Stoffe nennt, die in der Futtermittelherstellung verwendet werden dürfen.

Wir wollten über die konkreten Regelungen zur Sicherung der Futtermittelqualität hinaus auch Zivilcourage fördern und solche Beschäftigte gesetzlich vor Kündigung schützen, die die zuständigen Behörden über Missstände bei ihren Arbeitgebern informieren. Wie im aktuellen Fall handelt es sich oftmals um kriminelle Machenschaften, für deren Aufdeckung oft Insiderwissen notwendig ist. Doch Union und FDP verhindern den InformantInnen-schutz als wichtige Maßnahme um, Mitarbeiter in Betrieben zu ermutigen, entsprechende Missstände zu melden. Deshalb wird die SPD-Fraktion hierzu einen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen.

Mehrgenerationenhäuser sind ein wichtiger Baustein für nachhaltige Familienpolitik



Die Bundesregierung hat dem Druck der SPD endlich nachgegeben und kündigt ein neues Programm für die Mehrgenerationenhäuser ab 2012 an. Viele Fragen bleiben ungeklärt: Wie viele und

welche Träger in Zukunft weitergefördert und wie die Förderbedingungen ausgestaltet werden, sagt das zuständige Bundesfamilienministerium nicht.

Die Zeit drängt, um eine Anschlussförderung auszuarbeiten. Leider müssen die Träger jetzt mit weiteren Monaten der Ungewissheit rechnen, bis ein neues Bundesprogramm ausgeschrieben wird. Sie werden sich neu bewerben müssen, die Bundesförderung wird nicht automatisch verlängert. Die Frage nach einer Übergangsfinanzierung für Häuser, deren Förderung bereits 2011 endet, drängt.

Mit einer Kleinen Anfrage hat die SPD-Fraktion die Dringlichkeit der Entscheidung gegenüber der Bundesregierung unterstrichen. Mit der Antwort ist Anfang Februar zu rechnen. In unserem Antrag schlagen wir vor, die MGHs nicht zu streichen, sondern mit einem neuen Schwerpunkt Prävention und Gesundheitsförderung zu verknüpfen. Präventive Maßnahmen unterstützen Menschen über die gesamte Lebensspanne hinweg. Ich finde dieses Konzept sehr gut, nachhaltig und an den Erfordernissen am Wohnort ausgerichtet.

Das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ wurde 2006 gestartet, um den sozialen Zusammenhalt der Generationen vor Ort zu stärken. Auch in Tempelhof-Schöneberg und Reinickendorf wird jeweils ein Haus gefördert.

Fachkräfte-Einwanderung verbessern



Kontrovers diskutiert hat der Bundestag am 20. Januar 2011, in erster Lesung einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fachkräfte-Einwanderung künftig

durch ein Punktesystem zu regeln.

Mit meiner Fraktion bin ich der Auffassung, dass wir der negativen Zuwanderungsbilanz gerecht werden müssen. Der erneute Vorschlag, die Fachkräftezuwanderung durch ein Punktesystem zu regeln, war schon in unserem früheren Entwurf des Zuwanderungsgesetzes vorgesehen. Dennoch setzt die SPD einen anderen Schwerpunkt: Wir wollen zunächst alles tun, um den drei Millionen Arbeitslosen - darunter 300.000 bis 600.000 Ausländer, die ohne Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse in Deutschland leben - zu einem Job zu verhelfen. Wir brauchen eine Allianz für inländische Fachkräfte, in der Politik und Wirtschaft gemeinsam für flexiblere Arbeitszeitmodelle sorgt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert und für attraktive Löhne sorgt.

■ Außenpolitik

Menschenrechtsverletzungen in Belarus.

Aktuelle Debatte im Bundestag

Die gesamte SPD-Bundestagsfraktion ist bestürzt über die anhaltenden Repressionsmaßnahmen gegen Oppositionelle und friedliche Demonstranten in Belarus seit den



Präsidentenwahlen vom 19. Dezember 2010. In einer Debatte aus aktuellem Anlass am 20.01. haben wir die Bundesregierung aufgefordert, Einfluss auf die belarussische Regierung geltend zu machen, um die unschuldig Inhaftierten, die im Zusammenhang mit den Protesten gegen vermutete Wahlfälschungen verhaftet wurden, unverzüglich freizulassen und ihre Repressalien gegen Journalisten und die freie Berichterstattung einzustellen. Ebenso muss die am 31.12. ohne Vorwarnung vollzogene Schließung des OSZE-Büros in Minsk rückgängig gemacht werden.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 7

Wir lesen täglich über Repression und Verfolgung, Durchsuchungen und Anklagen, Einschüchterung und Racheakten an Oppositionellen. Das, was dort passiert ist, ist ein "Schlag ins Gesicht der Annäherungspolitik" der EU. Dass die Europäische Union nach einer Phase der Annäherung jetzt wieder Sanktionen gegen die unmittelbar Verantwortlichen berät, liegt in der alleinigen Verantwortung der Regierung in Minsk.

Entwicklungspolitik für Afghanistan



Parallel zur ersten Einbringung des Antrags auf Verlängerung des Bundeswehrmandates für Afghanistan wurde im Bundestag am 21.01. auch über die Entwicklungspolitik Deutschlands für Afghanistan debattiert. Ich unterstütze die Haltung meiner Fraktion, den zivilen Wiederaufbau in den Vordergrund zu stellen.

Die Regierung nimmt endlich das Thema auf, das wir bereits Mitte 2010 in einem Antrag (Drs. 17/1965) eingefordert haben: die Stärkung der humanitären Lage in Afghanistan. Deutschland als einer der größten Geber ziviler Hilfe hat mit der Ausgestaltung seiner Entwicklungszusammenarbeit einen der wichtigen Schlüssel für eine nachhaltige Befriedung Afghanistans und die Stärkung der Menschenrechte im Land in der Hand.

Die Sozialdemokraten kritisierten das Konzept der „vernetzten Sicherheit“ von Entwicklungsminister Niebel, nach dem Organisationen der Entwicklungshilfe enger mit der Bundeswehr zusammenarbeiten sollen. Die Helfer und vor Ort aktiven Organisationen berichten immer wieder, dass die von Niebel geforderte Kooperation kontraproduktiv sei, um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen. Niebel solle deshalb den Eigenwert des zivilen Aufbaus erkennen und auf die Erfahrungen der Organisationen vertrauen.

Zur Erreichung seiner Ziele muss Deutschland stark auf das Engagement von Nichtregierungsorganisationen und eine intensive Kooperation mit der afghanischen Zivilgesellschaft setzen. Unsere Task Force Afghanistan/Pakistan, die am 20.01. wieder getagt hat, begleitet diesen Prozess von Anfang an im kritischen Dialog mit den Beteiligten vor Ort.

■ Aus Tempelhof-Schöneberg

Mechthild Rawert unterstützt das Ökumenische Rogate-Kloster St. Michael

Am 7. Januar 2011 begrüßte ich VertreterInnen des Ökumenischen Rogate-Kloster Sankt Michael zu Berlin in meinem Wahlkreisbüro. Am Gespräch beteiligt waren der Rogate-Vorsitzende Edmunden Mangelsdorf, die 2. Vorsitzende Waltraud Wendland und Bruder Franziskus M. Schaar.



Das am 29. September 2010 gegründete Ökumenische Rogate-Kloster Sankt Michael zu Berlin vereint Menschen aus verschiedenen Kirchen, KirchenkritikerInnen, Liberale und Konservative sowie Linke und Unpolitische.

Treibende Kraft zur Errichtung eines Klosters für alle Konfessionen in der deutschen Bundeshauptstadt ist die 2009 gegründete Ökumenische Rogate-Initiative e.V. Sie blickt bereits auf eine zweijährige Erfahrung mit der gemeinsamen katholischen und evangelischen Gottesdienstarbeit zurück. Dabei geht es den VertreterInnen des überkonfessionellen Klosters nicht um die Gründung einer neuen Kirche, sondern um die eigene Einbringung in bestehende Kirchengemeinden. Somit möchte das Rogate-Kloster durch neue Impulse zur Profilbildung einer Gemeinde beitragen. Gute Erfahrungen wurden bereits mit Rogate-Andachten in der Schöneberger Zwölf-Apostel-Kirche gemacht, die zu einem Anstieg der Teilnehmenden an den Gemeindegottesdiensten geführt haben.

Das Ökumenische Rogate-Kloster Sankt Michael zu Berlin versteht sich als offener Ort für Fragen nach Gott und des Glaubens. Hierzu sollen evangelische Messen in katholischer und apostolischer Tradition, tägliche Stundengebete sowie Veranstaltungen für Gäste organisiert werden. Grundsätzlich sollen die Angebote der Rogate-Initiative offen für alle Interessierten sein. Als weitere Anlaufpunkte für die Berlinerinnen und Berliner sind ein Klosterladen geplant, eine Imkerei und das Engagement aller Angehörigen des Klosters an einem sozialen Projekt. Allerdings steht dem neugegründete Ökumenischen Rogate-Kloster Sankt Michael zu Berlin noch kein Gebäude zur Verfügung. Die Initiative hofft auf gute Kontakte zu den Kirchen, eine nachhaltige Zusammenarbeit mit einer Kirchengemeinde und sammelt Spenden, um das Kloster möglichst bald an einem zentralen Ort eröffnen zu können.

Ich habe mich bereits im Vorfeld aktiv an der Gestaltung von Rogate-Gottesdiensten beteiligt und freue mich über

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

die Kloster-Gründung in Schöneberg. Das zeugt vom Interesse am Gemeinwohl. Der Einsatz des Rogate-Klosters durch die Initiative gegen Homophobie, Gewalt und für Opferschutz ist beispielgebend und wird jetzt schon im Kiez anerkannt. Daher sage ich gerne meine Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Gebäude zu und will mich auch künftig für Rogate engagieren.



v.l.n.r.: Edmund Mangelsdorf, Rogate-Vorsitzender, Waltraud Wendland, 2. Vorsitzende, Mechthild Rawert, MdB, Bruder Franziskus M. Schaar

■ Aus Berlin

"Wir sitzen im Süden": Diskussion zum Film von Martina Priessner



Während der Podiumsdiskussion zum Film "Wir sitzen im Süden" im Moviememento-Kino am 15. Januar berührte mich der folgende Satz ganz besonders: "Ich habe in meinen Adern türkisches

Blut, aber in meiner Seele habe ich Deutschland". Ich will diesen Film auch meinen KollegInnen im Deutschen Bundestag zeigen, um die politische Debatte über die Visumsfreiheit voranzubringen. Das Gespräch über die deutsche Visapolitik gegenüber der Türkei wurde nach der Filmvorführung durch die Regisseurin Martina Priessner, Tülin Duman von GLADT e.V. und mir geleitet. Das August-Bebel-Institut startete mit dieser Veranstaltung sein vielfältiges Jahresprogramm 2011.

Irritierend und aufwühlend

Wir lernen im Film TürkInnen kennen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und sich als Deutsche fühlen. Obwohl sie sich in der deutschen Kultur zu Hause fühlen, dürfen sie hier aber nicht leben. Eine Ausnahme im Film ist die 33jährige Çig: sie hat einen deutschen Pass,

entscheidet sich aber wie rund 40.000 andere Menschen türkischer Herkunft für einen Neuanfang in der Türkei. Viele Deutsch-Türken aber leben unfreiwillig in der Türkei. So auch die Protagonisten Bülent, Fatos, und Murat, deren Geschichte zeigt, dass die für uns selbstverständliche Bewegungsfreiheit für Menschen mit türkischem Pass keinesfalls normal ist. Für Fatos und Murat haben die Eltern vor mehr als 20 Jahren über ihren Kopf hinweg schon ihre Rückkehr in die Türkei entschieden; Bülent wurde vor fünf Jahren abgeschoben. Sie alle arbeiten in deutschen Call-Centern in Istanbul unter deutschem Synonym. Sie sprechen deutschen Dialekt und konservieren sich daheim ihre "40 Quadratmeter Deutschland". Die einstige Heimat Deutschland wird zum unerreichbaren Sehnsuchts- und Fluchtpunkt. Die Film-Biografien auf der Basis wahrer Geschichten zeigen eine Realität, die unsere gängigen Vorstellungen von "der" Türkei und "den" Türken konterkarieren.

Die Aufhebung der Visumpflicht für türkische Staatsbürger und damit die Gewährung von Reisefreiheit nach Deutschland war die nachdrücklichste Forderung der Kulturschaffenden während der Diskussion. Für viele ist es nicht hinnehmbar, dass Deutsche problemlos in die Türkei reisen können, umgekehrt ist dies den Türken aber keineswegs möglich. Darunter leiden auch zahlreiche Aktivitäten von Organisationen und Vereinen und Kulturinstitutionen, auch die der Berliner Städtepartnerschaften zwischen Berlin und Istanbul und weiteren Städten. Viele Kulturschaffende forderten deshalb die sofortige Visa-Freiheit in beide Reiserichtungen, nicht erst nach Aufnahme der Türkei in die EU.

BürgerInnenforum Gesundheit auf dem Dialogtag Reinickendorf

Im Rahmen seines Dialogtages am 20.01.2011 in Reinickendorf hat Jörg Stroeter, MdA, mich eingeladen, gemeinsam eine Veranstaltung zur aktuellen Gesundheitspolitik zu gestalten. Frisch aus der Klausurtagung der AG



Gesundheit der Fraktion konnte ich über die aktuellen bundespolitischen Entwicklungen berichten. Außerdem dabei: Andreas Höhne, Bezirksstadtrat für Gesundheit und Soziales und Thomas Isenberg, MdA, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Berlin.

Die Veranstaltung fand im Ratskeller des Rathauses Reinickendorf statt.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 9

■ Terminhinweise

Mittwoch, 26. Januar

- **Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung der Landesgruppe der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten: „Bundeswehreinsatz in Afghanistan“**

Am 27. Januar 2011 wird der Deutsche Bundestag über die Mandatsverlängerung in Afghanistan abstimmen. Ziel muss sein, eine konkrete inhaltliche und zeitliche Perspektive für den Truppenabzug festzulegen. Hinsichtlich konkreter Abzugspläne bleibt die Bundesregierung jedoch vage. In der Veranstaltung werden die Bedingungen einer Mandatsverlängerung aus Sicht der Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion erläutert und gemeinsam diskutiert.

Mit Swen Schulz, MdB, stellv. Sprecher der AG-Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion; Rainer Arnold, MdB, Sicherheits- und verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mechthild Rawert, MdB, Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin. 19.00 - 20.30 Uhr

Seniorenclub Lindenufer, Mauerstr. 10 A, 13597 Berlin-Spandau



ANMELDUNG bis zum 24.01: über meine Website

www.mechthild-rawert.de

Mittwoch, 26. Januar 2011

- **FES-Veranstaltung Pro Demokratie: Weltoffenheit und Toleranz – Kontra Rassismus und Ausgrenzung.**

Podiumsdiskussion mit Alexander Häusler, Arbeitsstelle Neonazismus, Fachhochschule Düsseldorf, Mechthild Rawert, MdB, Mitglied des Deutschen Bundestages, Raed Saleh, MdA, Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin, Dirk Stegemann, Sprecher des Berliner Bündnisses „Rechtspopulismus stoppen!“, Roland Tremper, Stv. Landesbezirksleiter ver.di Berlin-Brandenburg.

18 Uhr

FES Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

28./29. Januar 2011

- **17. Netzkonferenz: Die Gesundheitsreform(en) 2011 – Fortschritt oder Rückschritt?**

Forum für Innovatoren in der Gesundheitsversorgung
Podiumsdiskussion mit Prof. G. Neubauer, Direktor des IfG Roland Dieckmann, DAK, Mechthild Rawert, MdB (SPD), Jens Spahn, MdB (CDU), Prof. Winn, Vors. des Hartmannbundes

Grand Hyatt Berlin, Marlene-Dietrich-Platz 2, 10785 Berlin

Sonntag, 30. Januar 2011

- **Internationaler Holocaustgedenktag: ERINNERUNG BRAUCHT EINEN ORT**

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert gedenkt jährlich mit einer Veranstaltung in ihrem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg der Opfer und ihrer Leiden. Dieses Jahr findet die Gedenkveranstaltung vor dem Haus Schwäbische Straße 25 in Schöneberg statt. Aus dem Haus sind ab 1942 achtundzwanzig jüdische Menschen deportiert worden. Die Hausgemeinschaft hat zu deren Gedenken eine Ehrentafel am Haus angebracht. Die Veranstaltung, zu der alle herzlich eingeladen sind, wird mit Worten der Zeitzeugin Rahel Mann begleitet.

13:00 Uhr

Schwäbische Straße 25, Berlin-Schöneberg

Montag, 31. Januar

- **Kranzniederlegung zum 100. Geburtstag von Paul Singer, ehem. SPD-Vorsitzender**

13:00 – 14:00 Uhr,

Friedhof der Sozialisten, Gudrunstr. 20, Berlin-Lichtenberg

Mittwoch, 4. Februar

- **BürgerInnen-Sprechstunde**

14:00 – 18:00 Uhr

Wahlkreisbüro: Friedrich-Wilhelm-Straße 86

12099 Berlin-Tempelhof

(U-Bahnhof Kaiserin-Augusta-Str.)

Bitte unbedingt anmelden unter:

mechthild.rawert@wk.bundestag.de oder telefonisch

unter: 72 01 38 84. Danke.

- **Seniorenfreizeitstätte**

Mechthild Rawert informiert auf der Abteilungsver-sammlung der SPD Mariendorf über die aktuelle Kam-pagne „Gesundheit für Alle“ der SPD zur Bürgerversi-cherung.

19.30 – 21.30 Uhr

Markgafenstr. in Berlin-Mariendorf

Samstag, 5. Februar

- **Infostände zur Kampagne „Gesundheit für Alle“**

vormittags

in Tempelhof-Schöneberg

Weitere Termin-Infos unter:

www.mechthild-rawert.de/date-browser

oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

